

# Wöchentliches Anzeiger

für Feindern

und Umgegend

Kriegsgericht: Die höchste zulässige Körpergröße 1,60 — BR., Reichsangehörige 1,60 — BR.  
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Schulstraße 10.  
Die Anzeigen werden am 9 Uhr, Samstag und Sonntagvormittag  
werden am vorhergehenden Tage in unserer Redaktion sein.  
Anzeigen sind täglich 6 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag  
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Beitrag: 2 Mark, vierteljährlich 5 Mark, halbjährlich 10 Mark, jährlich 18 Mark.  
Einzelhefte 1 Mark.  
Bestellungsbedingungen: Die Anzeigen werden am 9 Uhr, Samstag und Sonntagvormittag  
werden am vorhergehenden Tage in unserer Redaktion sein.



Am liebsten Selbstaufgaben für die Stadt Gredau.

№ 45

Donnerstag den 10. April 1923

62 Jahrgang

## Was gibt es Neues?

- Die französisch-belgischen Wiedervereinigungsverhandlungen in Paris haben ergeben, daß Frankreich auch weiterhin im Londoner Zahlungsplan des Jahres 1921 festhält.
- In Düsseldorf räumten die Franzosen 22% M.L. Wännen Markt aus den Räumen der Arbeitslosenfürsorge.
- Zum oberbayerischen Ministerpräsidenten wurde Prof. Oberregierungsrat von Holz gewählt.
- Von den 208 Wahlorten des Wahlgebietes sind jetzt 170 von den Feinden besetzt.
- Am 30. April wird in Washington der englisch-amerikanische Vertrag wegen Wiedervereinigung der englischen Inseln unterzeichnet werden.
- Die österreichische Bundesregierung hat demissioniert.
- In der Nähe von Rastau (Elsass) ist es zu einem Feuerstreich zwischen einer ungarischen und einer tschechischen Patrouille gekommen.

## Ein Ausweg.

Die Schwierigkeiten, über den Ausweg zu einer Wiedervereinigung zu kommen, liegen bekanntlich darin, daß Poincaré diesen Punkt mit der Reparationsfrage und der Garantie für die militärische Sicherheit Frankreichs verknüpft hat, also mit Dingen, die mit dem Kräfteverhältnis der Kräfte nichts zu tun haben. Der Einmarsch erfolgte wegen eines Mißverständnisses an Geld und Holz (Eisenbahnwagen) und erst nachher ist das Ruhrgebiet zu einem „Kampfbereich“ geworden, wozu Poincaré erst keine Befugnis hatte.

Wie die Reparation und die gar nicht bestrittene französische Sicherheit geregelt ist, kann bei dem Einverständnis in Paris noch geraume Zeit verwehrt werden. Jedoch ist hier das „Kampfbereich“ keine Gewähr für eine Lösung, denn die Währungsfrage steht zwischen Paris und Berlin. In mindestens einer dieser großen Schwierigkeiten, wie unsere Zahlungsunfähigkeit, es ist also in der Tat kein Grund vorhanden, sich über Dinge, die nicht im Zusammenhang zu stehen, sondern nur zufällig, auf den ganzen Weltmarkt einzuwirken, und die Tatsachen, um die es sich hier handelt, aus der Welt zu schaffen. Das kann ohne viele Umschweife geschehen, und hier ist die Möglichkeit eines Ausweges gegeben. Das noch zu erörtern ist, kann jedoch die Verhandlungen überlassen bleiben. Frankreich verlangt sich nicht, aber es kann aus seinen augenblicklichen Schwierigkeiten herauskommen.

Denn diese sind vorhanden. Nach allem ist in den Differenzen mit England und mit den übrigen Entente-Mächten, die schon recht heftige Versicherungen zum Ausdruck gebracht haben, nach innen in den bestehenden Anstößen, in der Missetimmung der zu diesen „Lösungen“ einsetzenden französischen Öffentlichkeit und Soldaten und in den Arbeitsstörungen der Gewerbeindustrie Frankreichs, die zahlreiche Hoffnungen hat ausbleiben lassen müssen. Zur Zeit geht die französische Regierung noch über diese Lage fort, aber sie weiß recht gut, daß sie aus eigener Machtvollkommenheit die Verpflichtung nicht ändern kann.

Die Währungsfrage Frankreichs braucht nämlich etwa sechs Millionen Tonnen Kupfer, die nicht durch die gegenwärtige Kupferproduktion des Generalis Degoutte zu beschaffen sind. In den drei Monaten der Ruhr-occupation sind nicht so viele Kupfer nach Frankreich transportiert worden, wie vorher in deutschen Eisenwerken binnen acht Tagen. Die in der letzten Zeit laut gewordene Ankündigung aus Paris, man würde es auf eine Lieferung von 10 000 Tonnen für den Tag bringen, ruft bei den Kupferhändlern nur ein Lächeln hervor, denn das Verlangen des Abnehmerkanals nimmt die letzte Hoffnung auf eine wesentliche Steigerung der Lieferungen. Poincarés Hoffnungen werden ebenso im Sande verfließen, wie das Wasser des genannten Kanals.

Es gibt keinen anderen Ausweg, eine schnelle Wenderung der verfahrenen Verhältnisse herbeizuführen, als einen Verzicht auf die sofortige Lösung von Reparation und Sicherheits-Garantie in Verbindung mit der eigentlichen Währungsfrage, der Kohlenfrage. Hierüber ein Abkommen herbeizuführen, bedarf es keiner langen Verhandlungen, sondern im wesentlichen nur eines Beschlusses, durch welchen der Rückmarsch der Bataillone des Generalis Degoutte angeordnet wird.

## Enttäuschung in Paris und London.

Zur Wertschätzung der Rede v. Noltenbergs. In Paris und London macht sich eine gewisse Enttäuschung über die Rede v. Noltenbergs im Reichstag bemerkbar. Man hatte aufstrebend gehofft, die deutsche Regierung würde schon so mitleidig geworden sein, um das zu tun, was man von ihr wünscht und erwartet: nämlich neue, unerwartete Verprechungen zu machen. Dann hätte das Ziel nächsten Tage und Mann von neuem beginnen können.

Das Wortspiel in Paris. kommt in den Kommentaren recht deutlich zum Ausdruck. Die meisten Blätter sprechen von den „Mischungen und ungewissen“ Angeboten. Der „Figaro“ schreibt: „Welchen wir die Zähne zusammen und halten wir aus“ sagte Herr von Noltenberg. In diesem Falle hat sich Herr Noltenberg recht ungünstig ausgedrückt. Hat Deutschland die Mischungen, die die Vorschläge des Herrn Degoutte zurückzuführen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich jetzt mit ihnen zu beschäftigen, da sie in Verhandlungen vorzuziehen, die wir nicht annehmen können. Poincaré bemerkt, er erhebt den Markt die Wertschätzung Herrn von Noltenbergs, monach Deutschland sich durch die Ergründung der Kohlen sehr behindert sieht. „Deutschland selbst die Zähne zusammen, aber es hängt bereit an zu schließen.“

„Seit Parisien“ ist von der Rede verblüfft. Weber Frankreich noch Belgien werden keine von beiden Mächten habe es eilig. England müsse sich entscheiden, ob es ein eigenes Verbleiben der Erfüllung und Ausführung der geschlossenen Verträge vorzieht. Dem „Matin“, der an die Vorschläge des Herrn Degoutte anknuft, will es scheinen, als ob Herr von Noltenberg Rücksicht aufgesetzt habe.

Was man in London hatte hören wollen, vertrat eine aufstrebend offizielle Wertschätzung des „Daily Telegraph“, in der gesagt wird, daß das deutsche Angebot einen wesentlichen Fortschritt gegenüber früheren deutschen Vorschlägen darstelle, aber nicht ausreichte, um Frankreich zu befriedigen oder es den anderen alliierten Regierungen zu ermöglichen, das Angebot zu unterstützen. Dann heißt es weiter:

Es ist sehr bemerkenswert, daß politische Exakteurien den belandeten Einzug aus dem Regierungsbereich des Reiches haben, die sich über 40 Milliarden Goldmark zu wecken, die als Verleumdungsbasis nicht ohne weiteres von der Hand geworfen werden wäre. Dieser Einbruch, der von in London bezüglich der Währungsfrage besteht, was der Inhalt des Rates, den man von London aus in Berlin eingeht hat, annehmen aber mit geringer Wirkung. Poincaré würde es gern sehen, wenn die deutsche Regierung jetzt weitergehende Schritte unternähme, um einen festen Grund auf deutschem Boden zu errichten. Vielleicht ist es besser zu versuchen, auf welchem Wege dies geschehen könnte.

Hier wird also ganz deutlich hervorgehoben, daß England in der Reparationsfrage gern den Souffrieren spielen würde, wobei man übrigens feststellen kann, daß die Summe von 40 Milliarden in Wahrheit gar nicht in London, sondern in Paris ausgelegt worden ist. Es handelt sich hier offenbar um einen Versuch Poincarés, durch englische Vermittlung der deutschen Regierung ein Angebot in den Mund zu legen, wie er es hören will.

Der Berliner Reichstagskammer der „Times“ sagt von der Rede v. Noltenbergs: Sie stellt eine Uneinigkeit andrerlei glatter Negationen dar. Der Außenminister sagte nur aus, was er sagen wollte, was die Reichstagskammer nicht missverstehen kann, daß er magie es ganz klar, daß alles, was Deutschland zu einem Vergleich beitragen könnte, der Bergmann-Plan und ein gläubiges Festhalten an dem Grundsatz des amerikanischen Staatsvertrags sei: Erziehung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Sachverständige.

## Dur Page.

Die bayerische Regierung und der Staatsgerichtshof. Eine Forderung der bayerischen Verbände, daß die bayerische Staatsregierung den Vorschlag von Sachverständigen der Staatsgerichtshofes gegen bayerisch gekannte Männer in Bayern wie in den Fällen der Redakteure Ernst von Büsching und Wagner in München und Weger von „Miesbacher Anzeiger“ und in allen folgenden Fällen ablehnen, ferner sofort beim Reichstag den Antrag auf restlose Aufhebung der Neubilligungsgesetze einbringen und für den Fall der Nichtannahme des Antrags die weitere Durchführung der Neubilligungsgesetze in Bayern verweigern sollte, wurde von der bayerischen Regierung dahin beantwortet, daß die bayerische Staatsregierung nach Gesetz und Vertrag den Vorschlag der Sachverständigen nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmachungen mit der Reichsregierung über die Neubilligungsgesetze und über die Bayern konzentrierte Einbringung eines eigenen bedeutenden Beitrags von Null vorherigen Tages gebunden sei. Was die Aufhebung der Neubilligungsgesetze anlangt, so liegt im Reichstag bereits ein beratiger Antrag vor, mit dessen Zielen die bayerische Staatsregierung gemäß ihrer ganzen bisherigen Haltung zum Neubilligungsgesetz übereinstimmt.

Die Reichsregierung der Reichstagskammer. Der Antrag für die Städteordnung im bayerischen Landtag beschloß, daß die für Bürgermeister und Magistratsmitglieder erforderliche juristische Vorbildung erst in 10 Jahren von 25 000 Einwohnern an nötig sein soll. Die Ausdauer der Bürgermeister und besoldeten Magistratsmitglieder wurde auf 12 Jahre festgesetzt.

Was hat Poincaré über unter Zurückweisung einer Vermutung des „Norddeutscher“, monach der Einigungsbedarf an die eigene Aufgabe Labourets von dem Gericht zurückzuführen sei, von unterdrückter Seite mitgeteilt: Der Einigungsbedarf gegen Labourets gründet sich auf ein Angebot, das bei ihm vorzuziehen wurde und das in der Tat zahlreiche militärische Notizen enthält. Während er wegen Fügung eines nicht-befristeten Paktes in Unterhandlung steht, ist die Unterhandlung gegen ihn wegen Fügung von den anderen Unterhandlungspartnern abgebrochen und das Material darüber dem Oberkriegsamt aufgestellt worden. Seine Wiedervereinigung nach der Freilassung in dem Reichsgericht ist erfolgt, weil inzwischen die Oberkriegsamt das Verlangen wegen Einigung gegen ihn erwidert hatte. Der Sachverhalt ist also nicht in Elbing zurückzuführen.

„Ritterliche Frankreich der Wiedervereinigung.“ Aus der Dänischen Rede Poincarés weiß der „Temps“ noch folgende Stelle mitzuteilen: Es ist unannehmlich, zu bejahen, daß Frankreich imperialistisch sei. Kein vernünftiger Mensch kann das ernst nehmen. Das Frankreich der Wiedervereinigung, das stets mit ethischem Geist dem Unterdrückten zu Hilfe eilt, kann nicht die Köpfe heben, auch nur einen Schritt weiter zu gehen als der Wunsch der Wiedervereinigung annehmen. Poincaré wiederholte dann die Feststellungen, die Frankreich im Ruhrgebiet gemacht haben will und fügt dann fort: Wie werden die Ruhr nur entsprechend den jenseits erfolglosen Zahlungen räumen. Ohne daß wir uns auch nur einen Augenblick schämen, werden wir uns freiwillig über ein Gehalt nehmen, was zu nehmen unser Recht ist. Wenn Poincaré dieses Verlangen auch ritteilich nennt, so meint er jedenfalls „französischer“.

Ergebnis und Gefahr über die Fortführung der Reparationen.

In der französischen Presse werden Mitteilungen veröffentlicht, die die belgischen Minister Dehons und Japart während der Fahrt nach Brüssel einem Mitarbeiter des „Globe“ gemacht haben. Es heißt hier u. a.: „Wir werden unserer Reparationspolitik treu bleiben. Wir sehen unseren Teil auf das Reich fort. Dieser Druck muß, wie wir immer der Ansicht waren, sehr energisch sein. Wir werden den Abtransport der Kohlen- und Golddepots, die auf den Bergwerksgebieten lagern, fortsetzen. Diese Depots sind so bedeutend, daß wir 3 Monate zu tun haben. Die französischen Hoffnungen, die aus Mangel an Kohle ausgesetzt werden müssen, werden wir von neuem in Tätigkeit setzen.“

Warschau. Der höchste militärische Orden Polens „Krozier militär“ 1. Klasse wurde dem Reichsminister Wladimir und Joch verliehen. General Wladimir erhielt die 2. Klasse des gleichen Ordens. Das wurde ferner zum Marschall Polens ernannt.

Belgrad. Das Kabinett Baling hat demissioniert. Der Minister hat aber nur formellen Charakter. Baling ist wieder mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Paris. Der französische Minister haben aus Mangel, daß zum militärischen Kommando von Momet Wladimir ernannt wurde, der mit diktorischen Vollmachten ausgestattet ist.

Die Massenbewegungen der Eisenbahn. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter — es handelt sich hauptsächlich um Bahnarbeiter, Weichensteller und sonstige Stationspersonal — wurden wieder 664 Mann mit sofortiger Wirkung ausgewiesen. Die Familien müssen in vier Tagen folgen. Neben diesen Ausweisungen der Eisenbahnarbeiter unentwegt weiter die Ausweisungen von Privatpersonen und Beamten anderer Verwaltungs-Behörden. Unter diesen befinden sich auch die ersten kommunistischen Führer, die Rheinlandkommission ausweist und zwar der Vorsitzende der kommunistischen Partei, Götterle, ein Arzt, und der kommunistische Parteiführer Johann Hill. Die Gesamtzahl der Ausgewiesenen hat inzwischen das vierte Tausend überschritten.

Einfluss ausländischer Auslandswaren in die besetzten Gebiete durch die Franzosen. Reichsregierung tauchen in den besetzten Gebieten im Handel große Mengen ausländischer Waren, wie Kaffee, Kakao, Nüsse, Wein und Spirituosen auf, die entweder mit falschen Bescheinigungen oder ohne jegliche Bescheinigungen von den Franzosen über die Währungszone in die besetzten Gebiete eingeschleust worden sind. Die Reichsregierung der besetzten Gebiete werden darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Pflicht ist, sich beim Einkauf ausländischer Waren über deren Herkunft zu vergewissern, damit sie sich nicht von den deutschen Währungszone unter Bescheinigungen und ohne jegliche Bescheinigungen eingeschleust werden. Der Reichsregierung wird empfohlen, die Währungszone der besetzten Gebiete durch entsprechende Maßnahmen zu schützen.





**Beiz-Gebräunung** ist die Tätigkeit der Beizschornsteinfegermeister im Landkreis Teuchern.

Auf Grund des § 77 der Reichsgebietsordnung wird für die Tätigkeit der Beizschornsteinfegermeister im Landkreis Teuchern folgende Gebietsordnung festgesetzt:

§ 1. Es sind zu beizen, einschließlich des Fortschiffens von Stub bis auf den Hof zum, falls hierzu Gebühre bezahlt werden, für die einmalige Reinigung eines oder mehrerer (einstufiger) Schornsteine für das ein- bis zweifache (ein- bis zweifache) Maß des Beizmittels (einstufiger) Beizmittel, sowie gewöhnlicher und stähliger Schornsteine und solcher, welche Drahtgitterwerke tragen, sind die doppelten Gebührensätze wie für einstufigere Schornsteine zu zahlen.

§ 2. Kamine oder Nebenschornsteine sind dem Schornstein gleich zu rechnen. Für die einmalige Reinigung der selben sind, sofern sie nicht beheizt sind, für die ersten 4 Meter 180 M., von für jede weiteren oder angefangenen 4 Meter, 45 M., mehr zu zahlen. Sind diese Kamine oder Neben-, schlüsse beheizt, so sind die doppelten Sätze zu entrichten.

§ 3. Aus Schornsteinen der Normhöhe ist eine vollständige Reinigung der Schornsteine im Jahre zu erfolgen. Schornsteine in Dienstgebäuden, z. B. der Gefängnisverwaltung, in denen Feuer, vielfach oft Tag und Nacht geheizt wird, unterliegen dieser Regelung und sind je nach Bedarf alle 14 Tage zu reinigen.

Schornsteine, deren Reinigung seit der letzten Reinigung zweifelsfrei nicht, nachliegen der Reinigung nicht.

§ 4. Für die Ausbrennen eines unbefehrbaren Schornsteines wird Entlohnung des Glanz- oder Fortschiffens 1080 M. zu zahlen. Soweit das Ausbrennen eines Schornsteines länger als eine Stunde, so erhöht sich die Gebühr um 600 M. für jede weitere oder angefangene Stunde.

Das zum Ausbrennen erforderliche Material ist bei betretende Hausbesitzer unentgeltlich zu liefern. Das Ausbrennen der Schornsteine darf nur nach Bedarf erfolgen.

§ 5. Für die Reinigung einer Kaminchamber sind für jede beizende Person 1080 M. zu entrichten.

§ 6. Für Arbeiten, die außerhalb der ortsfestigen Arbeitszeit (von 7 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags) sowie für Arbeiten, die auf besondere Bestellung angefertigt werden, sind die doppelten Gebührensätze zu entrichten.

§ 7. Falls von der Reinigung der Schornsteine ein Verlangen des Hauseigentümers oder der Hausbewohner Abstand genommen werden muß, ohne daß eigentlich ein Zwangsgrund dazu vorliegt, so ist, wenn die Reinigung am Tage vorher angekündigt oder in der nächsten Woche bekannt gemacht worden ist, und sie infolge des Abstandes an einem anderen Tage ausgeführt werden muß, der Schornsteinfeger berechtigt, eine besondere Gebühr von 600 M. in Anrechnung zu bringen.

§ 8. Für Nachprüfung der Schornsteine bei der Abnahme von Neubauten sind für jedes Schornsteinrohr die Rohrlochgebühren in doppelter Höhe, mindestens 1080 M. von Baubei oder, wenn dieser nicht zahlungsfähig ist, von demjenigen zu zahlen, der den Auftrag erteilt hat.

§ 9. Für die Berechnung der Gebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteinrohres von seiner Sohle bis zum Kopfe nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze in Betracht zu ziehen.

§ 10. Das Maßgeläch wird als besonderes Gebühre gezahlt, wenn die Höhe derselben 3 Meter bis zur Schornsteinmündung beträgt. Jede weitere oder angefangene 3 Meter gelten als weiteres Maßgeläch im Sinne der §§ 1 und 2 der Gebührensatzung. Der Keller wird als besonderes Maßgeläch mit berechnet für die jüngeren Schornsteine, die bis dahin durchgeföhrt sind und dort gereinigt oder entleert werden müssen.

§ 11. Die Rohrgebühren sind in allen Fällen vom Hauseigentümer zu zahlen.

§ 12. Diese Gebührensatzung tritt rückwirkend vom 15. März 1923 ab in Kraft. Mit dem 14. März 1923 ist die bisherige Gebührensatzung vom 14. Nov. 1922 nebst Nachträgen vom 22. Dez. 1922 und 16. Febr. 1923 außer Kraft getreten.

Wittenfels, den 12. April 1923. Der Landrat.

## Lichtspiele Weiße Wand

Aktion. Für 8 Tage. Aktion.

**Freitag, den 20., Samstag, den 21. u. Sonntag, d. 22. April**

Wiederum ein herrlicher Fortspinnungsfilm. Eine große Kanone mit

### Eddi Polo!

## Seepiraten 1. Teil

Die Braut des Seeräubers.

Zusgesamt 11 Akte. Freitag. Zusatzgesamt 11 Akte.

## Die Memoiren einer Filmschauspielerin.

Es folgen sämtliche Teile nur fortlaufend Freitag bis Sonntag.

Vorführung 6 und 8.30. Sonntag 2½, nur Kindervorstellung

Antibabes

## Ostermähdchen

führt von Frau Reich, Markt 9.

Ein Paar getragene, gutgehaltene

## Damenstiefel

Höhe 39, sind zu verkaufen. Unterm Berge 18.

Nachts unruhigen Kinder gebe man **Dr. Bufebs** wohlgeschmeckenden Kinetos. Zu haben bei **Curt Eitze, Drogerie.**

## Lesestoff

In allen Preislagen empfiehlt **Hud. Lieferey, Buchh.**

## Sport-Tag

des

### L. Radfahr-Vereins Teuchern 1895

am **Sonntag, den 22. April 1923** im „Hotel zum Löwen“, Teuchern.



**Iwan Symank der Wildwest-Fahrer.**

### Programm.

1. Begrüßungsreden (R.-V. Leipzig 1920).
2. 6er Kunst eigen (Allright Meuselwitz).
3. 2er Kunstfahren („Gäumstr“).
4. Radball-Gesellschaftsspiel.
5. 6er Kunstreiten (R.-V. Leipzig 1920).
6. Kunst-Quartett (Allright Meuselwitz).
7. Radball-Entscheidungs-spiel.
8. Iwan Symank (Cowboy-Cyclist).
9. Preisverteilung

**Nachdem Ball.**

Anfang pünktlich 7 Uhr. Vormittag 6 Uhr.

**Vereins-Rennen, 100 km, Start Markt.**

Teile hierdurch ergeben sich, dass ich meinem Sohne meine

### Buch-, Papier- und Schreibmaterialien-Handlung

überlassen habe und bitte, das mir erwiesene Vertrauen auch auf ihn übertragen zu wollen.

Hochachtung

### Otto Lieferey.

Bezugnehmend auf Obiges empfehle ich mich zur Beschaffung aller buchhändlerischen Erzeugnisse sowie zum Bezuge aller in das Papier- und Schreibmaterialienfach schlagenden Artikel.

Bei Bedarf um gebl. Berücksichtigung bitend zeichnet

hochachtungsvoll

### Rudolf Lieferey.

## Hackmaschinen

bis 3 Meter breit

sofort zu günstigen Preisen ab Lager.

### Gr. Lager sämtl. Maschinen u. Geräte.

Werkzeuge aller Art.

### Hilkebrandt u. Sohn, Zeig.

## Achtung!

Empfiehlt von Freitag ab:

**Pa. frisches Rindfleisch mit Knochen 2600 M.**

" "	ohne "	3400 "
" "	" "	3500 "
" "	" "	3200 "
" "	" "	3400 "
" "	" "	3800 "
" "	" "	4000 "
" "	" "	4000 "
" "	" "	3400 "
" "	" "	5800 "

**Grut Schwager, Engros-Schlächtereier, Ristritz, Tel. 196 Osterfeld.**

## Bereinigung selbst. Handwerker und Gewerbetreibender Teuchern u. Umg.

Donnerstag Abend punkt 8 Uhr

## Versammlung

in der Löwen-Diele.

Tagesordnung:

1. Aufklärung über Steuerfragen (Referent Steuerreferent Altmyer).
2. Verschiedenes.

Es wird gebeten die Steuerklärungsformulare mitzubringen.

Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Der Vorstand.

## Ia. Pferdezahnmals, Richters „Jubel“, Thieles „Weisse Riesen“, von Kamekes „Deodara“, Saatkartoffeln

anerkannte 1. Absaaten, (aus Sandböden stammend)

hat abzugeben

**Paul Friedrich, Teuchern u. Krauschwitz 1. Gr.**

Fernsprecher Nr. 13, 317 u. 274.

**Ansichtskarten** empfiehlt **D. Lieferey**

**Ratten!** tötet unfehlbar „Ackerlon“. Zu haben bei **Curt Eitze Drogerie.**

## Arbeiter-Turnverein „Sextonia“.

Sonntag, den 22. April findet unser

## Turnturnen

im **Grünen Baum** statt.

Nachmittag 3 Uhr Beginn des Turnens. 6 Uhr Pa II.

Wir laden die Einwohnerschaft von Teuchern und Umgebung herzlich ein.

Der Vorstand.

## Erster öffentlicher Kartenspieltag

### „Die drei Welten!“

Freitag, d. 22. April 4 Uhr nachm. im Restour. Schiele.

Wahrscheinlich und erste Preisler sind ausser herzlich eingeladen.

Internationale Vereinigung erster Arbeiterforscher.

**2 Ziegenlämmer** zu verkaufen **Schützenstr. 25.**

**Ein Ofen** zu verkaufen. Gartenstr. 12 I.

**Statt Karten.**

Für die im überreichen Masse dargebrachten Geschenke und Glückwünsche anlässlich unserer **VERMAEHLUNG** sprechen unseren aufrichtigsten Dank aus

**Richard Rudert und Frau Marta geb. Wiedemann.**

Ein vierstelliger

## Raninchenkasten

fehlt zu verkaufen. Osterfest 17.

## Warzen

beseitigt schnell und schmerzlos Dr. Bufebs Warzenzerstörer. Zu haben bei **Curt Eitze, Drogerie.**

5 den Posten

## frische Eier

knust **Bruno Bihard.**

## Tolles Zahnweh

stilt Dr. Bufebs destill. Zahntropfen. Zu haben bei **Curt Eitze, Drogerie.**

## Möbelbezüge

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäft

**Wanzen!** Flöhe! Ungeziefer! tötet radikal „Disoret“. Zu haben bei **Curt Eitze, Drogerie.**

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferey, Teuchern.

# Wöchentliches Anzeiger

für Jüdern

und Angehörigen

Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißnerstr. 200. — B.  
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißnerstr. 200. — B.  
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißnerstr. 200. — B.

Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißnerstr. 200. — B.

Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißnerstr. 200. — B.

Amliches Verbandsorgan für die Stadt Gera.

№ 45

Donnerstag den 19. April 1923

62 Jahrgang

## Was gibt es Neues?

Die französisch-englischen Wiedervereinigungsverhandlungen in Paris haben ergeben, daß Frankreich auch weiterhin am Londoner Zahlungsplan des Jahres 1921 festhält.  
In Düsseldorf raubten die Franzosen 22½ Millionen Mark aus den Kassen der Arbeitlosenversicherung.  
Zum oberdeutschen Ministerpräsidenten wurde Oberregierungsrat von Hügel gewählt.  
Von den 208 Wahlorten des Wahlgebietes sind jetzt 170 von den Feinden besetzt.  
Am 30. April wird in Washington der englisch-amerikanische Vertrag wegen Abgabe der englischen Schulden unterzeichnet werden.  
Die oberdeutsche Bundesregierung hat demissioniert.  
In der Nähe von Kassel (Einhorn) ist es zu einem Feuergefecht zwischen einer ungarischen und einer tschechischen Partoutille gekommen.

## Ein Ausweg.

Die Schwierigkeiten, über den Ausweg zu einer Verständigung zu kommen, liegen bekanntlich darin, daß Poinecaré diesen Punkt mit der Reparationsfrage und der Garantie für die militärische Sicherheit Frankreichs verknüpft hat, also mit Dingen, die mit dem Transport der Ruhrkohlen gar nicht zu tun haben. Der Einmarsch erfolgte wegen eines Mißverständnisses an Kohlen und Holz (Telegraphenleitungen) und erst nachher ist das Ruhrgebiet zu einem „Wandbühnen“-Gefährdungsgebiet geworden, was Poinecaré erst letzte Woche feststellte.

Bis die Reparation und die gar nicht bestrahlte französische Eisenbahn geneigt ist, kann bei dem Eisenbahn in Paris noch gewisse Zeit verstreichen. Jedemfalls bietet das „Ruhrland“ keine Gewähr für eine Verständigung, denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London ist mindestens eine solche große Schwierigkeit, wie unterhalb der Reparationsfrage. Es ist also in der Tat kein Grund vorhanden, sich über Dinge, die nicht



als einen Schritt auf die sofortige Lösung von Reparation und Sicherheits-Garantie in Verbindung mit der eigentlichen Ruhrfrage, der Kohlenfrage, hierüber ein Abkommen herbeizuführen, bedarf es keiner langen Verhandlungen, sondern im wesentlichen nur eines Beschlusses, durch welchen der Rückmarsch der Bataillone des Generalis Degoutte angeordnet wird.

## Enttäuschung in Paris und London.

Zur Wiederrück der Rede v. Rosenberg.  
In Paris und London macht sich eine gewisse Enttäuschung über die Rede v. Rosenbergs in weitem Maße bemerkbar. Man hatte aufsehenerregend gehofft, die deutsche Regierung würde schon so mürbe geworden sein, um das zu tun, was man von ihr wünscht und erwartet: nämlich neue, unerfüllbare Versprechungen zu machen. Dann hätte das Spiel zwischen Sage und Mann von neuem beginnen können.

## Die Weltöffentlichung in Paris.

kommt in den Pressekommentaren recht deutlich zum Ausdruck. Die meisten Blätter sprechen von den „Überlegen und unangenehmen“ Angeboten. Der „Figaro“ schreibt: „Sehen wir die Zähne zusammenbeißen und halten wir aus“, sagte Herr von Rosenberg. In diesem Sinne hat sich Herr v. Rosenberg recht unglücklich ausgedrückt. Das Deutschland die Welt, auf die Vorschläge des Herrn Bergmann zurückzukommen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich jetzt mit ihnen zu beschäftigen, da sie in Bedingungen vorliegen, die wir nicht annehmen können. Besonders bemerkenswert erscheint dem Blatt die Versicherung Herrn von Rosenbergs, wonach Deutschland sich durch die Ersetzung der Kohlen sehr behindert sieht. Deutschland behält die Zähne zusammen, aber es klagt bereits an zu fressen.“

„Zeit Parisien“ ist von der Rede verblüfft. Weber Frankreich noch Belgien würden vor der Hauptstadt Deutschlands nachgeben. Seine von beiden Mächten habe es eilig. Deutschland müsse sich entscheiden, ob es sein eigenes Verderben der Erfüllung und Ausführung der geschlossenen Verträge vorzieht. Dem „Matin“, der an die Vorschläge des Herrn Bergmann anknüpft, will es scheinen, als ob Herr von Rosenberg Rücksicht aufgesetzt habe.

Was man in London hätte hören wollen, beträgt eine unheimlich affläche Verneinerung des „Daily Telegraph“, in der gesagt wird, daß das deutsche Angebot einen wesentlichen Fortschritt gegenüber früheren deutschen Vorschlägen darstelle, aber nicht ausreichend, um Frankreich zu beschließen oder es den anderen alliierten Regierungen zu ermöglichen, das Angebot zu unterhalten. Dann heißt es weiter:

Es ist sehr bemerkenswert, daß politische Exzeptionisten den Reichsfiskus über sein Angebot davon überzeugt haben, eine Ziffer von etwa 40 Milliarden Goldmark zu nennen, die als Darlehensangebot nicht ohne weiteres aus der Hand geworfen werden würde. Dieser Eintrag, der noch in London bezüglich der Verhältnisse feststeht, war der Inhalt des Rates, den man von London aus in Berlin erhielt, daß man sich mit geringer Hoffnung, Poinecaré würde es annehmen, wenn die deutsche Regierung kein weiteres Gebot annehmen würde, um einen Pariser Friede auf Deutschland auszuüben. Fortschritt ist es schwer zu erkennen, auf welchem Wege dies geschehen könnte.“

Hier wird also ganz deutlich hervorgehoben, daß England in der Erwartung steht, den Entschluß fassen zu wollen, wobei man übrigens feststellen kann, daß die Summe von 40 Milliarden in Wahrheit gar nicht in London, sondern in Paris ausgedrückt worden ist. Es handelt sich hier offenbar um einen Versuch Poinecarés, durch englische Vermittlung der deutschen Regierung ein Angebot in den Mund zu legen, wie er es hören will.

Der Berliner Reichsminister der „Times“ sagt von der Rede v. Rosenbergs: Sie stellt eine gewisse Änderung alter Reparationen dar. Der Außenminister sagte nur aus, warum, warum dieser Vorschlag unannehmbar und jetzt nicht diskussionsfähig sei. Er magte es ganz klar, daß alles, was Deutschland zu einem Vergleich beitragen könnte, der Bergmann-Plan und ein glänzendes Festhalten an dem Grundsatz des amerikanischen Staatssekretärs sei: Erlangung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Sachverständige.

## Nur Sage.

Die bayerische Regierung und der Staatsgerichtshof. Eine Forderung der bayerischen Verbände, daß die bayerische Staatsregierung den Vorschlag von Hoffbeuten des Staatsgerichtshofes gegen vaterländisch gesinnte Männer in Bayern wie in den Fällen der Redakteure Eckart vom Bilschlag Beobachter in München und Wegner vom „Miesbacher Anzeiger“ und in allen folgenden Fällen abweisen, ferner sofort beim Reichsamt der Finanzen auf rechtliche Aufhebung der Republikantengesetze einzutreten und für den Fall der Nichtannahme des Antrags die weitere Durchführung der Republikantengesetze in Bayern verweigern solle, wurde von der bayerischen Regierung dahin beantwortet, daß die bayerische Staatsregierung nach Gesetz und Vertrag den Vorschlag der Reichsämter nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmahnungen mit der Reichsregierung über die Republikantengesetze und über die von Bayern beantragte Einsetzung eines eigenen sabbatenschen Genaus vom Juli vorigen Jahres gebunden sei. Was die Aufhebung der Republikantengesetze anlangt, so liegt im Reichsamt bereits ein bezüglicher Antrag von dem Reichsamt der Finanzen vor, den die bayerische Staatsregierung gemäß ihrer gegenwärtigen Haltung zum Republikantengesetz überreicht.

Die Vorrichtung der Bürgermeister. Der Ausschuss für die Städteordnung in preussischen Landtag beschloß, daß die für Bürgermeister und Magistratsmitglieder erforderliche juristische Vorbildung erst in einem von 25 000 Einwohnern an nicht sein soll. Die Annahme der Bürgermeister und befohlenen Magistratsmitglieder wurde auf 12 Jahre festgesetzt.

„Zur Zeit Poinecaré wird unter Zurücksetzung einer Genehmigung des „Vorwärts“, wonach der Spionageverstoß auf die eigene Anklage Labourets zur Gerichtsverhandlung über, von unterrichteter Seite mitgeteilt. Der Spionageverstoß wurde festgestellt, daß sich auf ein Ereignis, das ihm vorzuziehen wurde und das in der Tat zahlreiche militärische Notizen enthält. Während er wegen Fügung eines nicht-befristeten Passes in Untersuchungshaft lag, ist die Untersuchung gegen ihn wegen Spionage von den anderen Untersuchungsinstanzen abgelehnt und das Ministerial-Büro des Oberstaatsanwalts eingeleitet worden. Seine Wiedervereinigung nach der Feststellung in dem Reichsamt ist erfolgt, weil inzwischen der Oberstaatsanwalt des Reichs wegen Spionage gegen ihn verurteilt hatte. Der Spionageverstoß ist also nicht in Übung festzustellen worden.“

Das „Kitterliche Bewusstsein der Menschheit“. Aus der Schrifttender Rede Poinecarés, mehr der „Times“ noch folgende Stelle mitzuteilen: Es ist unannehmlich zu behaupten, daß Frankreich imperialistisch sei. Kein vernünftiger Mensch kann das ernst nehmen. Das Frankreich der Menschheit, das stets mit zivilisiertem Geist dem Unterdrücken zu Hilfe geistigt oder kann nicht den Willen haben, auch nur einen Schritt vorwärts zu gehen, wenn es nicht die Möglichkeit angezeigener Poinecaré wiederholt dann die Feststellungen, die Frankreich im Ruhrgebiet gemacht haben will und fährt dann fort: Wir werden die Ruhr nur entsprechend den jeweils erfolgenden Forderungen räumen. Ohne daß wir uns auch nur einen Augenblick davon zeigen, werden wir uns schließlich über die Bewältigung des Ruhrgebietes hinwegsetzen. Wenn Poinecaré dieses Verhalten auch zivilisiert nennt, so meint er ebenfalls „Französischheit“.

Thomson und Galtner über die Fortführung der Seilbahn. In der französisch-englischen Presse werden Mitteilungen veröffentlicht, die die belgischen Minister Deunin und Galtner während der Fahrt nach Brüssel einem Mitarbeiter des „Kitterliche“ gemacht haben. Es heißt hier u. a.: Wir werden unserer Reparationspolitik treu bleiben. Wir legen unseren Grund auf das Reich fort. Dieser Grund muß, wie wir immer der Ansicht waren, sehr energiegelass sein. Wir werden den Transport der Kohlen und Kohledepots, die auf den Bergwerksgebieten liegen, fortsetzen. Diese Depots sind so bedeutend, daß wir zu nehmen wissen, die französischen Depots, die aus Mangel an Kohle ausgefüllt werden müssen, werden wir von neuem in Tätigkeit setzen.“

Barthou. Der höchste militärische Orden Polens „Krozier militärisch“ 1. Klasse wurde den französischen Botschafter und hoch verehrten. General Besson und dem Kommandanten des gleichen Ordens. Galtner wurde ferner zum Marschall Polens ernannt.

Reichsamt. Das Reichsamt Botschaft hat demissioniert. Der Reichsamt hat aber nur formellen Charakter. Botschaft ist wieder mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Reichsamt. Reichsamt Botschaft werden aus dem Reichsamt, das zum militärischen Kommando von Memel Botschaft ernannt wurde, der mit diplomatischen Vollmachten ausgestattet sei.

Die Klassenänderungen der Eisenbahnen. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter — es handelt sich hauptsächlich um Bahnwärter, Weichensteller und Lokführer Stationspersonal — wurden wieder 664 Mann mit sofortiger Wirkung angeordnet. Die Familien müssen in vier Tagen folgen. Neben diesen Anordnungen der Eisenbahnen gehen unentgeltlich weiter die Anordnungen von Privatpersonen und Beamten anderer Vermehrungs-Behörden. Unter diesen befinden sich auch die ersten kommunikativen Führer, die die Weichenkommission ausweist und zwar der Vorsteher der kommunikativen Partei, Galtner, in Kiel, und der kommunikativen Parteiführer Johann Hill. Die Gesamtzahl der Angehörigen hat inzwischen das vierte Tausend überschritten.

Einfluss entbehrlicher Auslandswaren in die belgischen Gebiete durch die Franzosen. Neueingangs entbehrlicher Auslandswaren wie Pfeffer, Kakao, Nüssen, Wein und Spirituosen auf die entbehrlichen Lieferungen über ohne jegliche Einwirkung der Regierung von den Franzosen über die Weingänge in das belgische Gebiet hineingeschickt worden sind. Die Kaufleute der belgischen Gebiete werden darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Pflicht ist, sich beim Einkauf entbehrlicher Waren über deren Herkunft zu vergewissern, damit sie sich nicht nach den belgischen Weingängen für unzulässige Einfuhr von Waren ausweisen, durch unzulässige Einfuhr von Waren geschädigt zu werden.